



## Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 18. März 2003

Nr. 3106

Jahresrechnung 2002

**Nachtragskredite, gebundene Ausgaben und Zusatzkredite im Rechnungsjahr 2002****1 Gewährung von Nachtragskrediten***LAUFENDE RECHNUNG*

## BAUVERWALTUNG

## Liegenschaftenamt

643.314	Baulicher Unterhalt	175'000
---------	---------------------	---------

Mit dem Rechnungsabschluss 2001 wurde dem Grossen Gemeinderat Kenntnis gegeben über eine gebundene Ausgabe von 281'000 Franken betreffend Fels- und Hangsicherungen beim Primarschulhaus Bach. Zulasten des Jahres 2002 mussten noch Fr. 85'600 bezahlt werden. Insgesamt betrugen die Aufwendungen aus diesem Fall 256'200 Franken. Im Weiteren mussten für die Sanierung der alten Stadtmauer an der Wallstrasse 90'000 Franken diesem Konto belastet werden.

## SCHULVERWALTUNG

## Kindergärten

820.302	Löhne	310'000
820.311	Mobiliar für Lehrzwecke	22'500
838.301	Löhne Hauswarte	10'000
838.311	Mobilien	4'500
624.316	Mieten	45'100

Im Rahmen der Übernahme von fünf Kindergärten des Vereins der Kindergärten der Dompfarrei sowie des Katholischen Kindergartenvereins Heiligkreuz auf das Schuljahr 2002/2003 ergeben sich die aufgeführten Kreditüberschreitungen von insgesamt Fr. 352'100.–. Nachdem die Personalkosten jedoch bisher schon vom städtischen Haushalt übernommen worden sind (Beiträge an private Kindergärten; Konto 8090.36500), liegen die



tatsächlichen Mehraufwendungen nur im Rahmen der neu vom städtischen Haushalt zu übernehmenden Sachkosten. Ausserdem wurde in Rotmonten ein vierter Kindergarten eröffnet.

Volksschule

Fördernde Massnahmen

Integrative Schülerhilfe

836.302	Löhne	167'600
---------	-------	---------

Zwischen Dezember 1999 und Dezember 2002 ist in der Stadt die Anzahl der fremdsprachigen Kinder um 17 Prozent gestiegen. Der stetige Anstieg führte zu einem entsprechenden Mehrbedarf an Fördermitteln innerhalb der Integrierten Schüler- und Schülerinnenhilfe. Die kantonale Erhebung über die Fördermittel bestätigt diesen Anstieg und zeigt, dass sich die Zunahme in der Stadt im kantonalen Durchschnitt bewegt.

Sportamt

Kunsteisbahn Lerchenfeld

875.311	Mobilien und Maschinen	118'000
---------	------------------------	---------

Im Voranschlag 2002 wurde für ein allfälliges Eisbahnprovisorium mit Kosten von rund 150'000 Franken gerechnet. Bei diesem Betrag handelte es sich um eine Grobschätzung aus dem Jahre 2001. Die konkrete Ausschreibung ergab dann Kosten in der Höhe von 205'000 Franken. Im Laufe der Realisierung des Projektes entstanden zusätzliche Kosten in der Höhe von 65'000 Franken. Insbesondere zeigte sich, dass aufgrund von Niveauunterschieden des Hartplatzes grössere Mengen Ausgleichsmaterial eingebracht werden mussten. Zudem erforderte der Betrieb der Kälteanlage die Verlegung einer aufwändigen elektrischen Leitung von der Sporthalle zum Standort der Kältezentrale bei der alten Turnhalle Kreuzbleiche. Auch mussten für das Befahren der Wege mit der vier Tonnen schweren Eismaschine besonders stark belastete Wegstücke zusätzlich befestigt werden. Im Weiteren drängte sich aus betrieblichen und wirtschaftlichen Gründen der Aufbau eines eigentlichen Betriebspavillons als Aufenthaltsraum mit einfachem Verpflegungsservice auf. Diesen Mehraufwendungen von total 122'000 Franken stehen Mehreinnahmen von rund 110'000 Franken gegenüber, da im Budget bereits mit einem provisorischen Eisfeldbetrieb gerechnet wurde.



## FINANZVERWALTUNG

## Steueramt

910.301      Löhne      150'000

Im Zusammenhang mit der Umstellung zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung und der Einführung von Napeduv fielen im Steueramt zusätzliche Arbeiten an. Dies betraf z.B. die Rückforderung der Verrechnungssteuerguthaben, die nicht wie ursprünglich geplant im Zeitpunkt der Veranlagung, sondern separat verarbeitet werden musste. Auch die Einführung der neuen Informatiklösung Napeduv erforderte zusätzlichen Aufwand. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Einführung von Napeduv in der Endphase befindet. Bis sämtliche Systeme aufdatiert sind, waren jedoch umfangreiche zusätzliche (und nicht planbare) Migrationsarbeiten notwendig. Diese Arbeiten waren ausserordentlich und wirken sich in Zukunft nicht auf den Stellenplan aus. Aber sie erforderten für das vergangene Jahr zusätzliche Lohnkosten von Fr. 150'000.

## Personalamt

928.380      Einlage in Vorfinanzierungskonto für      5'000'000  
                  Verpflichtungen gegenüber der Versicherungskasse

Die Versicherungskasse ist eine registrierte Vorsorgeeinrichtung des öffentlichen Rechts. Für die Erfüllung der reglementarischen Leistungen garantiert gemäss Art. 2 Abs. 2 des Reglementes für die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen (vom 15.9.1998; sRS 194.1) die Stadt. Als öffentlich-rechtliche Einrichtung mit Garantie eines Gemeinwesens ist die Versicherungskasse im Unterschied zu privaten Kassen nicht zu einer 100 %igen Deckung ihrer aktuellen Leistungen und ihrer Leistungsversprechen für die Zukunft verpflichtet. Das Reglement sieht vielmehr einen minimalen Deckungsgrad von 80 % (Art. 44 Abs. 2) vor. Die versicherungstechnischen Gutachten, die gemäss Reglement mindestens alle drei Jahre erstellt werden müssen, ergeben in den letzten 20 Jahren Deckungsgrade zwischen 81 und 90 %. Im Jahre 2000 belief sich der Deckungsgrad noch auf 90,1 %, sank dann aber als Folge der Entwicklung auf den Finanzmärkten Ende 2001 auf 81 % (bzw. auf 89,4 % unter Einrechnung der Wertschwankungsreserven). Die noch dramatischere Entwicklung der Finanzmärkte im abgelaufenen Jahr hatte zur Folge, dass die Wertschwankungsreserven (65,6 Millionen) vollständig aufgelöst werden mussten und der Deckungsgrad gleichwohl auf 78 % sank. Damit ist die Interventionsgrenze von 80 % unterschritten, weshalb gemäss VK-Reglement „die erforderlichen Massnahmen einzuleiten“ (Art. 44 Abs. 2) sind.

Der Deckungsfehlbetrag ist als Folge der Haftung der Stadt eine Eventualverpflichtung, auf die beim Jahresabschluss regelmässig hingewiesen wird. Dieser Fehlbetrag lag Ende 2000 noch bei 81,1 Millionen, erhöhte sich 2001 auf 147,4 Millionen und stieg schliesslich bis Ende 2002 auf 176,7 Millionen an. Die Liquidität der Versicherungskasse ist damit nicht in Frage gestellt, umfasst das Deckungskapital doch auch Leistungen in einer weiteren Zukunft. Aufgrund der aktuellen Börsensituation und in Beurteilung der mittelfristigen Aussichten kann aber nicht mehr davon ausgegangen werden, die Deckungslücke liesse sich allein durch eine positive Entwicklung der Finanzmärkte ohne zusätzliche Massnahmen



schliessen. Die Versicherungskasse steht hier vor der gleichen Problematik wie die meisten Einrichtungen der 2. Säule.

Verwaltungsintern werden die erforderlichen Massnahmen zur Reduktion des Deckungsfehlbetrages auf das zulässige Mass geprüft. Die Diskussion über die Rahmenbedingungen der Sanierungsmassnahmen ist auf eidgenössischer Ebene allerdings erst angelaufen. Deshalb ist beispielsweise noch offen, ob sich lediglich die aktiv Versicherten und die Arbeitgeber (Stadt und Angeschlossene) an den Massnahmen zu beteiligen haben ob oder auch die Rentner und Rentnerinnen einen Beitrag werden leisten müssen. In jedem Fall ist aber davon auszugehen, dass die Gesundung nicht ohne Mitteleinsatz des allgemeinen Haushaltes möglich sein wird. In dieser Situation soll vorsorglicherweise ein Teil des guten Ergebnisses der Laufenden Rechnung 2002 dazu verwendet werden, eine Rückstellung zu bilden. Über ihre Verwendung wird im Zusammenhang mit allfälligen Massnahmen zu entscheiden sein.

### *INVESTITIONSRECHNUNG*

Im Zeitpunkt der Budgetierung lassen sich die genauen Bautermine und damit auch die Zahlungsströme bei grösseren, durch Verpflichtungskredite bereits bewilligten oder noch zu bewilligenden Bauvorhaben zum Teil nur mit relativ grossen Unsicherheiten voraussagen. Während in einzelnen Konten die Kredite nicht voll beansprucht werden, können in anderen die budgetierten Zahlungstranchen überschritten werden. Finanzrechtlich bedeutsamer als das Einhalten der Zahlungskredite in der Investitionsrechnung ist – solange die Nettoinvestition insgesamt eingehalten wird - jedoch die Beanspruchung der finanzrechtlich relevanten Verpflichtungskredite.

### BAUVERWALTUNG

Hochbauamt

62.5039	Übrige Hochbauten der Verwaltung	+ 275'800
---------	----------------------------------	-----------

Der grösste Teil der Aufwendungen für die Sanierung der landwirtschaftlichen Liegenschaft Sturzeneggstrasse 61 fiel erst im Berichtsjahr und nicht wie geplant im Jahr 2001 an.

62.5650	Beiträge an soziale Institutionen	+ 272'600
---------	-----------------------------------	-----------

Die Auszahlung eines Teilbetrages für den Um- und Neubau des Alters- und Pflegeheims Notkerianum erfolgte entgegen den Planungsannahmen erst im Berichtsjahr.



## SONDERRECHNUNGEN

### LAUFENDE RECHNUNG

#### STADTWERKE

756.41100 Direkter Materialbezug, nicht über Lager 293'000

Aufgrund des neuen Kontenplans werden die an Dritte verrechneten Benzinbezüge nicht mehr über das Lagermaterial abgewickelt, sondern über des Konto direkter Materialbezug verbucht.

756.44010 Bauarbeiten 1'195'000

Die heftigen Regenfälle im September 2002 führten zu einer lokalen negativen Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität, welche dank schnellem Erkennen und unverzüglichem Handeln rasch unter Kontrolle gebracht werden konnte. Ursache waren verschiedene Undichtigkeiten des Reservoirs Speicherstrasse. Die notwendigen Sofortmassnahmen führten zu Aufwendungen von 260'000 Franken.

Im Weiteren sind bei der Wasserversorgung für Bauarbeiten Fr. 601'781.– Mehrkosten angefallen, bei der Elektrizitätsversorgung Fr. 248'094.– und bei der Erdgasversorgung Fr. 134'528.–. Bei der Wasserversorgung wirkt sich der von CHF 20'000.– auf CHF 50'000.– erhöhte Selbstbehalt der Betriebshaftpflichtversicherung aus. Ein Rohrbruch an der Mittelholzerstrasse, vier Rohrbrüche an der Zürcherstrasse sowie weitere elf Rohrbrüche verursachten grosse Schäden. Bei der Erdgas- und Elektrizitätsversorgung werden die Mehrkosten vollumfänglich kompensiert durch die Minderaufwendungen in Konto 756.44030.

Mit der Einführung des neuen Kontenplans wird bei den Fremdleistungen neu unterschieden zwischen Bauarbeiten, Montage Dritter und übrige Arbeiten, Dienstleistungen. Der Mehraufwand im Konto Bauarbeiten von Fr. 935'300.– und im Konto Montage Dritter von Fr. 455'200.– wird zum Teil durch Minderaufwendungen im Konto Übrige Arbeiten, Dienstleistungen von Fr. 864'100.– kompensiert. Per Saldo resultiert unter Berücksichtigung der gesprochenen Nachtragskredite in diesen drei Konti ein Mehraufwand von Fr. 526'410.–.

756.44020 Montage Dritte 455'200

Mit der Einführung des neuen Kontenplans werden die Aufwendungen für Montage Dritter in einem separaten Konto erfasst. Im Budget war in diesem Konto kein Betrag vorgesehen, entsprechend höhere Beträge wiesen die Konten 756.44010 Bauarbeiten und 756.44030 übrige Arbeiten, Dienstleistungen aus. Die Einsparungen im Konto übrige Arbeiten werden allerdings mehr als kompensiert durch die Mehrkosten im Konto Bauarbeiten.



756.60300      Betriebsstoffe für Fahrzeuge und Geräte      136'600

Im Voranschlag waren die Benzinbezüge der Betriebsfahrzeuge im Konto 756.41000 Material ab Lager enthalten. Für die Verbuchung wurde eine getrennte Kontierung mit zutreffenderer Kontobezeichnung geschaffen.

756.60500      Sachversicherungen      167'800

Aufgrund der Schadenentwicklung stieg die Jahresprämie für die Betriebshaftpflichtversicherung um den erwähnten Betrag.

756.67000      Abschreibungen Sachanlagen      1'293'200

Mit dem geplanten Bau des Fussballstadions muss ein neues Unterwerk erstellt werden. Das bestehende Unterwerk aus dem Jahre 1988 ist noch nicht vollständig abgeschrieben. Vom Restbuchwert per Ende 2002 von Fr. 1'865'127.– wird deshalb zulasten der Laufenden Rechnung 2002 eine ausserordentliche Abschreibung von einer Million Franken verbucht. Dies bedeutet jedoch keinerlei Finanzierungsbeihilfe zugunsten des neuen Stadions. Ausserdem resultiert bei den Abschreibungen auf Sachanlagen gegenüber dem Voranschlag ein Minderaufwand von 707'000 Franken. Für diverse Bauten ist Abschreibungsbedarf budgetiert worden, welche aufgrund des Ausführungstermins und der Kosten noch nicht abgeschrieben werden können. Demgegenüber wird aufgrund eines zusätzlichen Beitrages des Allgemeinen Haushaltes zugunsten der Fernwärmeversorgung eine ausserordentliche Abschreibung von einer Million Franken vorgenommen. Die Finanzierung erfolgt durch eine entsprechende Ablieferung der Elektrizitätsversorgung an den Allgemeinen Haushalt der Stadt.

756.80010      Ausserordentlicher Aufwand      905'000

Das Rechnungsergebnis der Elektrizitätsversorgung erlaubt eine zusätzliche Ablieferung an den Allgemeinen Haushalt von einer Million Franken zur Fortführung der Entschuldung der Fernwärmeversorgung. Damit wird eine zusätzliche Abschreibung der Anlagen finanziert. Die Ablieferung wird angesichts des für das Rechnungsjahr 2003 budgetierten Defizits der Fernwärme von rund einer Million Franken geleistet. Der im Jahre 2002 durch die Erdgasversorgung zu übernehmende Anteil an den Kapitalkosten der Fernwärmeversorgung ist hingegen um 95'000 Franken tiefer als veranschlagt.

756.81014      Einlage in Erdgas-Baureserve      500'000

Bei der Budgetierung wurde im Hinblick auf Grossinvestitionen eine Einlage in die Baureserve veranschlagt. Diese Reserve erlaubt es, die jährlichen Kapitalkosten für Investitionen, die in wirtschaftlich ungünstige Zeiten fallen, zu reduzieren. Das Rechnungsergebnis erlaubt nun eine höhere Einlage in die Baureserve.



## VERKEHRSBETRIEBE

76.311	Leistungszulagen und Auslagenersatz	191'000
--------	-------------------------------------	---------

Der Sollbestand von 127 Personaleinheiten konnte beim Fahrpersonal trotz ausserordentlicher Abgänge wegen Krankheit und einem tragischen Todesfall sowie zwei unerwarteten Austritten mit 13 Neuanstellungen erreicht werden. Wegen beschränkter Ausbildungskapazität und deshalb stets leicht verzögerten produktiven Einsatzes neuer Mitarbeitender verbleibt per Ende 2002 ein Manko von rund zwei Personenjahren an rückständigen Rast- und Ruhetagen. Für diese Lohnschuld wurde eine Rückstellung gebildet.

76.400	Entschädigungen und Provisionen	926'000
--------	---------------------------------	---------

Im Tarifverbund Ostwind werden den Unternehmungen auf dem Verkauf von Fahrausweisen Verkaufsentschädigungen vergütet. Die gesamten Entschädigungen werden im Verhältnis der Einnahmenanteile auf die Unternehmungen verteilt. Diesen auf die VBSG entfallenden Kostenanteilen von rund 910'000 Franken stehen auf der Ertragsseite Einnahmen von etwa 670'000 Franken für durch die VBSG verkaufte Ostwindfahrausweise gegenüber. Per Saldo führt die gegenseitige Verrechnung von Verkaufsentschädigungen bei den VBSG zu Mehraufwendungen von rund 240'000 Franken.

76.471	Fremdleistungen für Neubau, Unterhalt, Reparatur	106'000
--------	--	---------

Ausserplanmässige Revisionen der Waschanlage, der Ein- und Ausfahrtstore, die teilweise Fremdvergabe der Reifenbearbeitung und der Entsalzung der Fahrzeuge infolge ausserordentlicher Krankheitsfälle sowie zusätzliche Achs- und Getrieberevisionen bei den Autobussen führten zu einem höheren Fremdleistungsaufwand.

76.502	Ausserordentliche Abschreibungen auf dem Anlagevermögen	350'000
--------	---	---------

Aufgrund des guten Ergebnisses wurden auf verschiedenen Einrichtungen im Gebäude (Lüftungsanlagen, Wasseraufbereitungs- und Waschanlagen, Betriebsmittelversorgung, Hebevorrichtungen) zusätzliche Abschreibungen vorgenommen.

## KEHRICHTVERBRENNUNGSANLAGE

79.3182	Entschädigung an den Ablagerungsplatz Tüfentobel	556'000
---------	--	---------

Seit dem 1. Januar 2001 wird gemäss der Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA) auf Deponieablagerungen eine durch den Deponiebetreiber an den Bund abzuliefernde Abgabe erhoben. Der Ansatz beträgt für im Inland auf Reaktordeponien abgelagerte Abfälle Fr. 20.– pro Tonne. Die entsprechenden Abgaben für das Jahr 2001



wurden nicht verrechnet, was im Berichtsjahr zu einer Nachbelastung von 372'000 Franken für das Vorjahr führte. Die restlichen Mehraufwendungen in der Höhe von 184'000 Franken ergeben sich aus den Ablagerungsgebühren (inkl. VASA) für die - aufgrund der höheren zur Verbrennung gelangten Abfallmenge - um 1'900 Tonnen über den Budgetannahmen liegende Schlackenlieferungen an die Deponie.

79.3520      Entschädigung an auswärtige Kehrrichtverbrennungsanlagen      439'800

Aufgrund der Sanierung der Ofenlinie 1 und dem notwendigen, im Zeitpunkt der Budgeterstellung jedoch noch nicht vorhersehbaren Abbau der Zwischenlager auf dem Gelände der ARA Au und der Deponie Tüfentobel wurden 3'690 Tonnen Abfall vorwiegend dem Zweckverband Abfallverwertung Bazenheid (ZAB) zur thermischen Behandlung zugeführt. Die sich daraus ergebenden Kosten von 609'800 Franken führten zur erwähnten Kreditüberschreitung.

## **2      Kenntnisgabe über gebundene Ausgaben**

Lagerhausareal; Baukredit für die Bauvorbereitung und Entsorgung von Altlasten      541'300  
(Bilanz, Konto 1028 Finanzvermögen)

Um die Voraussetzungen für die Überbauung des Lagerhausareals zu schaffen, hat die Stadt als Baurechtsgeberin die vertraglich festgehaltenen Vorkehrungen zur Bauvorbereitung zu treffen. Dies entspricht den vom Grossen Gemeinderat am 21. Juni 2001 beschlossenen Kauf- und Baurechtsverträgen.

Geltenwilenstrasse, Instandstellung und Korrektur Davidstrasse bis Oberstrasse;      733'000  
Gemeindebeitrag und Erlass von Verkehrsmassnahmen  
(Investitionsrechnung 61.5612.139)

Die Stadt hat an die Baukosten der zur Staatstrassenfläche gehörenden Geh- und Radwege nach Artikel 69 Absatz 1 des Strassengesetzes dem Kanton einen gesetzlichen Beitrag von 35 Prozent zu leisten. Gemäss der zwischen dem Kanton und der Politischen Gemeinde St.Gallen abgeschlossenen Vereinbarung muss sich die Stadt in Anwendung von Artikel 76 des Strassengesetzes an den Baukosten für Lichtsignalanlagen an Verkehrsknoten zwischen Staats- und Gemeindestrassen mit einem Drittel und für Fussgänger-Lichtsignalanlagen an Staatsstrassen ausserhalb eines Verkehrsknotens zur Hälfte zu beteiligen. Die als Folge der Massnahmen auf der Staatsstrasse notwendige Anpassung der Gemeindestrassenfläche trägt die Stadt alleine. An die Gesamtkosten von Total Fr. 2'472'000.- ergibt sich demnach ein städtischer Anteil von 733'000 Franken.





Rehetobelstrasse; dringende Rutschsanierungen 313'000  
(Investitionsrechnung 61.50102.278)

Beim Unwetter am Abend des 16. Juli 2002 ist östlich des Schaugenhofs der zwischen der Rehetobelstrasse und dem Schaugenmühleweg liegende Hang auf einer Länge von 15 bis 20 Metern weggerutscht. Um drohende Nachrutschungen zu verhindern und den Betrieb der Strasse wieder zu gewährleisten, waren dringende Sanierungsmassnahmen erforderlich. Im Hinblick auf die vorgesehene Übernahme als Staatstrasse wurden die Sofortmassnahmen technisch derart konzipiert, dass sie als vorgezogene Etappe für die im Rahmen des Strassenprojektes notwendigen Hangsicherungsmassnahmen weiter ausgebaut werden können. Die entstandenen Kosten sind somit als teilweise Vorleistung an den späteren Strassenausbau zu verstehen.

Lärmschutz; Schallschutzmassnahmen an Gemeindestrassen 219'800  
(Investitionsrechnung 61.5890.166)

Der für die Stadt St.Gallen durch das kantonale Amt für Umweltschutz und die Umweltfachstelle der Stadt erstellte Lärmbelastungskataster weist rund 800 Gebäude aus, bei welchen der Immissionsgrenzwert überschritten ist. Bei mehr als einem Drittel ist sogar der Alarmwert überschritten. Der überwiegende Teil der Grundstücke liegt an Staatsstrassen. Bei diesen Grundstücken liegt die Zuständigkeit beim Kanton. Von den betroffenen Gebäuden wurden bereits ungefähr zwei Drittel - im Rahmen eines von der Regierung am 24.08.1999 genehmigten Projektes - mit Schallschutzfenstern ausgerüstet. Für Schallschutzmassnahmen an Gemeindestrassen ist die Politische Gemeinde St.Gallen zuständig und kostenpflichtig. Gemäss dem Lärmbelastungskataster werden die Alarmwerte bei 19 Liegenschaften (Gottfried-Keller-Strasse 40 bis 42 inkl. Felsenstrasse 85 bis 101, Oberer Graben 3, St.Georgen-Strasse 35 bis 36 inkl. Mühlenweg 31 sowie Unterer Graben 1 bis 13) überschritten. Das vorliegende Projekt sieht vor, bei diesen Liegenschaften Schallschutzfenster einzubauen, oder bei bereits erfolgtem Einbau den Grundeigentümern die Kosten unter klar festgelegten Kriterien zurückzuerstatten. An die geschätzten Gesamtkosten von rund 478'000 Franken gewährt der Bund Beiträge von 54 Prozent. Der städtische Kostenanteil beträgt somit Fr. 219'800.-

Beschaffung von Microsoft Lizenzen 708'000  
(Investitionsrechnung 93.5069.213)

Die Microsoft AG hat im Laufe des Jahres 2001 das Lizenzierungsmodell für sämtliche Microsoft-Produkte auf den 1. Oktober 2001 neu festgelegt. Dieses sieht vor, dass zukünftig keine Upgrades mehr möglich sind, sondern jeweils eine Volllizenz inklusive Software-Assurance beschafft werden muss. Diese beinhaltet die Upgradeberechtigung auf den neuesten Stand der Technologie während eines Jahres. Diese einschneidende Änderung zieht höhere Kosten von bis zu 40 % nach sich. Die Software-Assurance muss beim Kauf abgeschlossen werden und gilt für ein Jahr. Für die zukünftige Lizenzierung gibt es



verschiedene Lösungsvarianten, die sich darin unterscheiden, dass sie kurz- oder langfristige Kosteneinsparungen bzw. -folgen bewirken. In Zusammenarbeit mit einem externen Beratungsunternehmen wurden verschiedene Varianten durchgerechnet und die optimale Variante ermittelt. Bei dieser Entscheidung bestand weder bezüglich Umfang noch Zeitpunkt ein wesentlicher Ermessensspielraum. Die gewählte Variante führt zu Aufwendungen von insgesamt 929'000 Franken, wovon 708'000 Franken durch den allgemeinen Haushalt und 221'000 Franken durch die Betriebe und Spezialfinanzierungen zu tragen sind.

Übriger Verwaltungsaufwand	579'200
(Stadtwerke, Laufende Rechnung Konto 756.61900)	

Aufgrund der im Berichtsjahr durchgeführten Mehrwertsteuerrevision bei den Sankt Galler Stadtwerken wurden durch die Eidgenössische Steuerverwaltung Nachforderungen für die Jahre 1997 bis 2002 gestellt. Es handelt sich dabei um die Rückvergütung von Vorsteuern, welche in den genannten Jahren durch die sgsw geltend gemacht wurden. Die Gründe für die Kürzung der Vorsteuern liegen vor allem darin, dass für die von der Gebäudeversicherungsanstalt (GVA) ausbezahlten Subventionen für die Wasserversorgung keine entsprechenden Vorsteuerkürzungen vorgenommen wurden. Ebenfalls keine Vorsteuerkürzungen wurden für die Kapitalkosten- und Entschuldungsbeiträge an die Fernwärmeversorgung vorgenommen. Zusätzlich wurde gleichzeitig auch eine Revision bei der Regionalen Wasserversorgung St.Gallen AG (RWSG) vorgenommen. Über die RWSG waren in den Jahren 1994 bis 1996 an die St.Galler Gemeinden 8,1 Millionen Franken Subventionen der GVA ausbezahlt. Auch diese Subvention führte zu entsprechenden Steuerrückforderungen an die RWSG, welche von den beteiligten Gemeinden anteilmässig zu übernehmen waren.

### **3 Kennnissgabe von Beschlüssen des Stadtrates über Zusatzkredite**

Nach Art. 41 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist der Stadtrat für die Erteilung von Zusatzkrediten "bis zu einem Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites, höchstens aber bis zum Betrag von 100'000 Franken" zuständig. In Absprache mit der Geschäftsprüfungskommission gibt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Kenntnis von den im Rechnungsjahr erteilten Zusatzkrediten, welche - ohne die absolute Grenze von 100'000 Franken zu erreichen - einen Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites übersteigen.

Favrestrasse; Ausbau von der Martinsbruggstrasse bis zum Wendeplatz  
im Zusammenhang mit der Buserschliessung für das Einkaufszentrum Gallusmarkt

Verpflichtungskredite (29.06.1999)	40'000
Zusatzkredit (08.05.2002)	34'500

Mit dem Verpflichtungskredit für das Strassenprojekt von brutto 440'000 Franken erteilte der Stadtrat einen Kredit für den städtischen Kostenanteil von 40'000 Franken. Die COOP Ostschweiz verpflichtete sich, an die Baukosten einen Beitrag von maximal Fr. 400'000.- zu leisten. Die diesen Betrag übersteigenden Kosten sind von der Stadt zu übernehmen. Die



Kreditüberschreitung ist entstanden, weil starke Belagsverformungen auf der Busspur Martinsbruggstrasse (stadtauswärts) einen zusätzlichen Belagsersatz erforderten.

Infothek mit Lehrstellenbörse im Erdgeschoss Katharinengasse 16

Verpflichtungskredit (14.12.1999)	140'500
Zusatzkredit (03.09.2002)	40'600

Die Mehrkosten begründen sich darin, dass der Elektroschrank nicht wie vorgesehen angepasst, sondern ersetzt und neu aufgebaut werden musste. Die vermehrte Nutzung des Schulungsraumes hatte eine Heizungsänderung zur Folge. Dementsprechend haben sich auch die Baumeister- und Schreinerarbeiten erhöht. Eine Neuorganisation der Arbeitsplätze während den Umbauarbeiten hat ebenfalls zu den Mehrkosten beigetragen.

Neubau der festen Marktstände und Sanierung der Lagerkeller auf dem Marktplatz

Verpflichtungskredit (19.12.2000)	102'000
Zusatzkredit (06.08.2002)	45'000

Der Verpflichtungskredit wurde zur Durchführung eines Wettbewerbsverfahrens und für die anschliessende Weiterbearbeitung des empfohlenen Projektes erteilt. Der Beschluss basierte auf geschätzten Kosten von Fr. 600'000.– für die Realisierung des Projektes. Aufgrund der Wettbewerbsergebnisse muss jedoch von Aufwendungen von rund 1,5 Millionen Franken ausgegangen werden. Entsprechend der höheren Baukosten mussten auch die Honorare der Architekten und der Spezialisten angepasst werden.

Mummenschanz-Theater; Projektierungskredit

Verpflichtungskredit (09.04.2002)	64'000
Zusatzkredit (10.12.2002)	34'900

Der Grosse Gemeinderat beschloss am 11. Juni 2002 einen Verpflichtungskredit von Fr. 955'000.– für das Mummenschanz-Theater, welcher in der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Im Verpflichtungskredit waren Fr. 100'000.– für Honorare und davon rund Fr. 30'000.– für Vorbereitungsarbeiten vorgesehen. Die Vorbereitungsarbeiten, namentlich Ausführungsplanung, Submissionsvorbereitungen und -vergebungen mit Vorbehalt, Baugesuchsvorbereitung etc. wurden ausgeführt, damit die Einhaltung der vorgegebenen Termine bei einem positiven Volksentscheid möglich gewesen wäre.



Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für das Rechnungsjahr 2002 werden die oben begründeten Nachtragskredite erteilt.
2. Von den Beschlüssen des Stadtrates über die erwähnten gebundenen Ausgaben und die Zusatzkredite wird Kenntnis genommen.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

